Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950
1947

150 (18.12.1947)

Visual Library

2. Jahrgang / Nummer 150
Verlag: Badendruck GmbH., Karlsruhe, Lammstr. 1b—5, Tel. 4051/53

BADISCHE
NEUESTE NACHRICHTEN

Karlsruhe, Donnerstag, 18. Dez. 1947
Monatlicher Bezugspreis RM. 2.20
Postbezug RM 2.60 zuzügl. Zustellgebühr

Neue Zehnpfennigstücke für die westliche Besatzungszone (Dena-Bild)

Präsident Truman genehmigt Soforthilfe für Europa

Washington, 17. Dez. (Dena-Reuter) Präsident Truman unterzeichnete am Mittwoch das Gesetz zur Übergangshilfe. Damit werden 150 Millionen Dollar automatisch für sofortige Hilfslieferungen an Frankreich, Italien und Österreich verfügbar. Der Bewilligungsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses hat, wie INS meldet, am 16. Dez. den europäischen Nothilfsfonds um 88 Mill. Dollar herabgesetzt und China von dem Soforthilfsprogramm ausgeschlossen. Die somit von 597 auf 509 Mill. Dollar gekürzte Soforthilfsvorlage wurde anschließend der Vollsitzung des Repräsentantenhauses zur weiteren Beratung überwiesen.

Der Ausschuß hat weiter, laut Reuter, den von der Armee für Verwaltungs- und Hilfszwecke in den besetzten Gebieten geforderten Fonds von 490 auf 230 Dill. Dollar gekürzt.

AP meldet weiter: Der republikanische Gegenvorschlag zum Anti-Inflationsprogramm des Präsidenten Truman konnte nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit des Repräsentantenhauses erhalten, so daß er nicht Gesetzeskraft erlangen wird.

Jetzt, nach dem Scheitern der Außenministerkonferenz in London, sei die argentinische Regierung bereit, zur Unterstützung des Marshall-Planes Anleihen in einer Gesamthöhe von fünf Milliarden Dollar zu gewähren, erklärte Dr. Molinari, der Hauptdelegierte Argentiniens auf der Welthandels-Konferenz in Havanna, laut AP.

Die ersten 24 Stunden nach der Sitzung

„Warum sollte es Krieg geben?" fragt G. Bernard Shaw

London, 17. Dez. (AP) Diplomaten der Westmächte sagten nach dem Scheitern der Londoner Konferenz die Aufnahme baldiger Verhandlungen zwischen den Regierungen der USA, Englands und Frankreichs über den Zusammenschluß Westdeutschlands voraus.

Man glaubt hier allerseits, daß die Führer des Ost- und Westblocks sehr rasch Schritte unternehmen werden, um ihre Positionen für die kommende wirtschaftliche und politische Auseinandersetzung zwischen Moskau und Washington—London—Paris zu verbessern. In zuständigen Delegationskreisen rechnet man demnächst mit folgenden Ereignissen:

1. Drei-Mächte-Verhandlungen über den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Westzonen Deutschlands, praktisch also den Anschluß der französischen Zone an die Bi-Zone, mit besonderer Betonung des Wiederaufbaues der westdeutschen Industrie als Vorbedingung für den Erfolg des Marshall-Planes.

2. Eine Fühlungnahme der drei Mächte hinsichtlich der Bildung einer Art von Sicherheitspakt, vielleicht in Form des revidierten Byrnes-Paktes, der die deutsche Entmilitarisierung auf vierzig Jahre sicherstellen sollte. Der Pakt könnte auch ohne Rußland abgeschlossen werden und würde vor allem ein Mittel sein, die Franzosen hinsichtlich Deutschlands zu beruhigen.

3. Schritte der Washingtoner, Londoner und Pariser Regierungen in Richtung der Bildung einer westdeutschen Regierungsbehörde nach bundesstaatlichen Grundsätzen.

4. Sowjetische Schritte, die ein Gegengewicht gegen die Maßnahmen der Westmächte bilden sollen.

Man glaubt in Kreisen der westlichen Delegationen, daß die sowjetische Zone vielleicht wirtschaftlich und politisch in das System eingebaut wird, das unter den Trabantenstaaten Osteuropas errichtet worden ist und allgemein unter dem Schlagwort des „Molotow-Planes" bekannt ist.

Die USA haben am 16. Dezember die ersten offiziellen vorbereitenden Besprechungen mit Frankreich über den Zusammenschluß der drei westdeutschen Zonen eingeleitet. Gleichzeitig gingen die politischen Wellen hoch, als deutsche Politiker zum ersten Male seit Kriegsende die Schaffung eines westdeutschen Staates mit einer neuen Hauptstadt in Frankfurt/M. diskutierten.

Molotow flog nach Moskau, um Stalin und dem allmächtigen Politbüro Bericht zu erstatten — ein Bericht, der vermutlich rasche Entschlüsse in Osteuropa auslösen und die Sowjetunion zu einer umfassenden Kampagne gegen Westdeutschland und den Marshall-Plan veranlassen wird.

Das war die Entwicklung der ersten 24 Stunden nach dem vollständigen Zusammenbruch der Außenminister-Konferenz über das Schicksal Deutschlands und Österreichs.

„Der Zusammenbruch der Außenminister-Konferenz wird keinen Krieg zwischen Ost und West bedeuten. Jeder, der etwas anderes annimmt, nur weil 4 Männer, die um einen runden Tisch sitzen, sich darüber einig sind, daß sie sich nicht einig sind, gehört in eine Irrenanstalt", erklärte George Bernard Shaw in einem Interview mit einem Vertreter des INS.

Der Fehlschlag sei so unvermeidlich gewesen, daß die Konferenz schon Tage vorher hätte abgebrochen werden sollen, meinte Shaw und fügte hinzu: „Je mehr sie redeten, desto uneiniger wurden sie. Das passiert immer dann, wenn Leute, deren Anschauungen einander diametral entgegengesetzt sind, versuchen, in einer sog. Konferenz irgendwelche Fragen zu klären. Was ist denn eine diplomatische Konferenz, frage ich? Das Allerletzte, was auf einer diplomatischen Konferenz getan wird, ist das Konferieren, und so war es auch mit der Konferenz, die jetzt eben zu Ende gegangen ist."

„Ich nehme an, daß Sie wissen wollen, ob das Krieg bedeutet?", fragte Shaw. „Warum denn um Himmelswillen" — lediglich weil sie sich darüber geeinigt haben, daß sie sich über eine bestimmte Anzahl Fragen nicht einig sind? „Warum sollten sie auf einmal anfangen, einander totzuschlagen? Irgendwelche Geistesgestörte, die glauben, daß dem Fehlschlag der Konferenz ein Krieg folgen wird, sehen diese Dinge einfach nicht richtig an.

Ich spreche nur über die nächste Zukunft. Ich lasse mich nicht zu irgendwelchen Prophezeiungen über die fernere Zukunft verführen. Das Einzige, was ich voraussagen werde, ist, daß eines schönen Tages die Amerikaner, Engländer und Russen beschließen werden, sich in Angelegenheiten zusammenzutun, bei denen eine gewisse Grundlage für ein Übereinkommen vorhanden ist. Das wird geschehen, aber fragen Sie mich nicht, wann."

Das Ende der Konferenz von London in einem deutschen Kommentar

„Marshall-Plan und nicht Deutschland war Thema der Konferenz"

London, 17. Dez. (AP) Die Atmosphäre, in der die Konferenz der Außenminister am Montagabend endete, war trotz der heftigen Worte, die während der letzten Sitzung fielen, alles andere als unfreundlich. Eher war eine Art sanfter Resignation darüber feststellbar, daß man diesmal zu keiner Einigung gelangen konnte. Britische Gewährsleute berichten, daß sich kurz nach Schluß der Sitzung Bevin und Molotow am Buffet getroffen und miteinander getrunken haben. Beim Verlassen des Lancaster-House habe Molotow gelächelt und mehreren Angehörigen der verschiedenen Delegationen die Hände geschüttelt. Als erster verließ Marshall die Sitzung, und zwar, wie gewöhnlich, durch die Bar.

Die Londoner Konferenz hat das Ende gefunden, das sie nach ihren Vorbedingungen finden mußte; es war nur die Frage, ob die Tagesordnung bis zum letzten Punkt durchgesprochen würde oder nicht, schreibt Erik Reger am 16. Dez. in einem Kommentar für den Berliner „Tagesspiegel", laut Dena.

Die sowjetische Haltung hat auch dies verhindert und die Tatsache, daß Molotow gegen den Abbruch der Konferenz nicht mit der gewohnten Heftigkeit protestierte, zeigt am besten, daß er die Verantwortung für den Verlauf dieser Konferenz voll übernommen hat. Die letzte Sitzung brachte keine Überraschungen mehr, außer, daß Molotow doch noch den Berliner Volkskongreß wie ein Riesenspielzeug auf dem großen blauen Tisch des Lancaster-Hauses aufbaute, obwohl nach dem Prinzip der Aufgabentrennung Dinge, wie der Volkskongreß, in das Arbeitsgebiet Kotikows und Sokolowskis fallen.

Aus jedem der Nekrologe, die in der Sitzung des Außenministerrats gehalten wurden, klingt irgend etwas nach: Aus dem Nekrolog Marshalls die klare Bilanz, die er aus der sowjetischen Haltung zog, aus dem Nekrolog Molotows die etwas resignierte Drohung, daß man mit der sowjetischen Regierung nicht wie mit der griechischen Regierung sprechen könne, aus dem Nekrolog Bevins die Moral, daß nach den Erfahrungen von Moskau und London der Außenministerrat wohl kaum zur Lösung der deutschen und europäischen Probleme fähig sei, aus dem Nekrolog Bidaults der Verzicht auf weitere Vermittlungsbemühungen.

Wir Deutschen müssen endlich von dem Glauben ablassen, daß das Thema der Londoner Tagung Deutschland gewesen sei. Das Thema war der Marshall-Plan. Über ihn wurde namentlich kaum gesprochen, aber nur im Hinblick auf ihn wurde von Deutschland gesprochen. Bei dem Stand der Dinge ist das gar nicht anders möglich. Der Marshall-Plan will die Reserven West-Europas zur Selbstverteidigung mobilisieren. Selbstverteidigung heißt wirtschaftliche Stärkung, Wiederaufbau, kurz Aufhören zu reden und an die Arbeit gehen. Beide Seiten, der Osten und der Westen, mögen nun zeigen, was sie können.

Wenn die Sowjetunion eines Tages einsieht, daß ihre Voraussage einer Wirtschaftskrise in den USA eine ebensolche Fehlspekulation ist, wie es die Einschätzung seiner Kompromißbereitschaft in Grundsätzen, wie es die Hoffnung auf ein Versagen des Marshall-Plans und auf die Gefahrenmomente in Frankreich und Italien sind, wenn die Sowjetunion sich bewußt wird, daß Amerika wieder einmal ernst macht mit seinen gigantischen Anstrengungen, kurz, wenn die Entwicklung in dieser Richtung im Westen energisch gefördert wird, dann kann die Zeit zu einem erträglichen Verhältnis zwischen Osten und Westen zu geregelten und nicht taktischen Einflüssen unterworfenen Handelsbeziehungen und zu einer sinngemäßen Grenzrevision zwischen beiden Welten kommen, und zwar ohne eine kriegerische Auseinandersetzung, der übrigens so gut wie alle Vorbedingungen fehlen.

Der Kommentator der Taß berichtet, daß Außenminister Molotow gesagt habe: „Nach allem, was wir gehört haben, ist es klar, daß die Herren Bevin und Marshall beschlossen hatten, einem vorher vereinbarten Plan zu folgen. Sie wollten gar nicht das Problem erörtern, das auf der Geschäftsordnung der Sitzung stand. Sie wichen einer Prüfung der Vorschläge der Sowjetdelegation, die sich bemühte, die Diskussion in sachliche Bahnen zu lenken, geflissentlich aus. Die Verantwortung dafür haben diejenigen übernommen, die den Kurs willkürlich abänderten, der bisher vom Außenministerrat eingehalten worden ist."

Die deutsche Reaktion

Bestürzt und enttäuscht klingen die meisten deutschen Stimmen am Tage nach dem Auseinandergehen der vier Außenminister in London. Dennoch verstummen Hoffnung und Entschlossenheit nicht: Hoffnung, daß der Bruch, der Deutschland dauernd in zwei Hälften zu spalten droht, doch wieder verheilen kann, und die Entschlossenheit, nicht von dem Ziel abzugehen, das allen Beurteilern — auch für ein gesundes Europa — lebensnotwendig erscheint: Der Einheit des deutschen Volkes und Landes.

Keine der „großen Parteien" sei für den Bruch verantwortlich zu machen, heißt es, der sich am Montag in London vollzog. Es sei ein Ringen der Weltanschauungen gewesen, in dem Deutschland nur noch zum Objekt geworden sei. Seine Spaltung aber bedeute für Europa „ein krankes Herz", eine wachsende Gefahr.

So sehr auch begrüßt wird, daß jetzt wenigstens eine Entscheidung gefallen ist, die die bisherige Ungewißheit und Unklarheit beendet, so deutlich wird zugleich hervorgehoben, welche unmittelbaren Gefahren die Londoner Entscheidung mit sich bringt. Dabei steht das drohende geistige Sich-Auseinander-Leben immer wieder im Vordergrund, zu dem eine Zerreißung Deutschlands so leicht führen könnte und das es, trotz aller Verschiedenheiten politischer und wirtschaftlicher Entwicklung im Osten und Westen Deutschlands, zu verhindern gelte.

Ein Grundtenor ist in den Äußerungen deutscher Politiker und Regierungsvertreter aller vier politischen Parteien festzustellen: Die unbedingte Betonung der Notwendigkeit, die Einheit zu wahren. Die SPD wendet sich gegen alle partikularistischen Bestrebungen und spricht sich für den Marshallplan aus, während Vertreter der FDP und LDP einerseits, der KPD und SED andererseits versuchen, sich — mehr oder minder verhüllt — für die bisherige innerdeutsche Entwicklung gegenseitig verantwortlich zu machen. Seitens der CDU bemüht man sich, bestehenden und aufkommenden Differenzen zwischen Ost und West gegenüber vermittelnd zu urteilen.

All die Kreise im Westen, die sich bemühen, aus der gegebenen Situation nicht nur die Bilanz zu ziehen, sondern auch die sich notwendigerweise ergebenden Forderungen aufzustellen, darunter der Wirtschaftsrat, sprechen sich für eine möglichst umgehende Vereinigung der drei westlichen Zonen aus, in denen der Aufbau beschleunigt und deren Wirtschaftsleben unter Aufwand aller Kräfte stabilisiert werden soll.

Des öfteren werden Stimmen laut, die hervorheben, daß sich die deutsche Seite, gerade weil sich die Alliierten nicht einigen konnten, um so mehr für die deutsche Einheit einsetzen muß und nur selten ist eine Stimme zu vernehmen, die bereits an die Verwirklichung separater Ost- und Weststaaten denken. So verschiedenartig in Herkunft, Motiven und Beurteilung der Gegebenheiten die einzelnen Stellungnahmen des deutschen öffentlichen Lebens auch sind, in einem Punkt stimmen sie alle überein: „Deutschland wird sich mit der Zerreißung nicht abfinden." (Dena)

Deutsche bombardierten Freiburg i. Br.

Die deutschen Rüstungen nach dem 1. Weltkrieg und die Krupp-AG
Hamsun schrieb Nazipropaganda-Artikel, war kein Parteimitglied

Nürnberg, 17. Dez. (Dena) Die Bombardierung Freiburgs im Breisgau durch deutsche Flugzeuge im Mai 1940, die vor kurzem von der südbadischen Staatskanzlei enthüllt wurde, ist, wie der stellv. amerikanische Hauptankläger bei den Nürnberger Prozessen, Professor Robert M. W. Kempner erklärte, schon 1943 im ehemaligen deutschen Auswärtigen Amt erörtert worden.

Der vortragende Legationsrat Werner von Schmieden, der als Zeuge für den kommenden Prozeß gegen die „Wilhelmstraße" in Nürnberg unter Eid vernommen wurde, hat danach, als er 1943 an der Zusammenstellung eines Weißbuches über die Alleinschuld Englands am Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung arbeitete, von der sogenannten Luftschutzpolizei des ehemaligen Reichsinnenministeriums die amtliche Nachricht erhalten, daß Freiburg von deutschen und nicht von britischen Flugzeugen bombardiert worden sei. Da die zuständigen Inspektionen der Luftwaffe aber jede Kenntnis dieses Vorganges verneint hätten, sei „das Dokument" über die Bombardierung Freiburgs durch die Engländer doch in das Weißbuch eingefügt worden, um damit belegen zu können, daß die Briten mit dem Bombardement offener Städte angefangen hätten.

Der britische Vertreter in der interalliierten Kontrollkommission, die ab 1920 in Deutschland eingesetzt war, General John H. Morgan, schilderte im Prozeß gegen zwölf leitende Direktoren der Kruppwerke, wie die deutsche Regierung unter dem damaligen Reichskanzler Joseph Wirth entgegen den beim Waffenstillstand eingegangenen Verpflichtungen den Kruppkonzern zur Rüstungsproduktion ermutigt habe.

Eine der Maßnahmen, mit denen die deutsche Regierung die Wiederaufrüstung vorantrieb, sei es gewesen, so sagte Morgan, eine Beförderung von Reichswehrmannschaften größten Stils auf dem Papier vorzunehmen. Da infolge der hohen Arbeitslast die alliierte Kontrollkommission bei Abfassung des Versailler Friedensvertrages zwar eine Begrenzung der Aufrüstung, jedoch versehentlich keine Beschränkung der Heeresausgaben auf eine bestimmte Höhe festgelegt habe, konnte der damalige Chef der deutschen Heeresleitung, Generaloberst von Seeckt, diesen Trick anwenden und so gewaltige Summen für die Aufrüstung abzweigen. Die deutsche Reichswehr habe damals einen zehnfach höheren Betrag je Mann eingesetzt, als die britische Armee.

Die Bestimmung über die zwölfjährige Dienstpflicht sei durch kurzfristige Ausbildung umgangen worden. Die deutsche Reichswehr sei schließlich mit 47 000 Unteroffizieren gegenüber 24 000 Mannschaften eine Armee von Ausbildern gewesen. Weimar hätte nicht nein sagen können und alle Summen bewilligt.

Wie AP aus Grimstad (Norwegen) meldet, sagte der norwegische Schriftsteller und Nobelpreisträger Knut Hamsun vor einem Zivilgericht aus, er habe sich niemals um die Mitgliedschaft in Quislings Nazipartei beworben, noch sei er irgendwie Mitglied geworden.

Hamsun erklärte weiter, er sei vom Reichskommissar Terboven aufgefordert worden, Nazipropaganda-Artikel zu schreiben, was er in einigen Fällen getan habe, doch nur aus dem Grunde, um die durch ständige Bombardierungen demoralisierten Deutschen zu ermutigen.

Im Telegrammstil

Washington. Großbritannien wird nur 10 Prozent der Ausgaben des Haushaltes der Bizone Deutschlands in den kommenden 6 Monaten tragen. (Dena-Reuter)

Hollywood. Dem amerikanischen Filmschauspieler Robert Montgomery wurden die Insignien eines Ritters der Französischen Ehrenlegion verliehen. (AP)

London. Zwischen Großbritannien und den USA ist ein Abkommen über die Finanzierung der britisch-amerikanischen Besatzungszone Deutschlands erzielt worden. (Dena-Reuter)

Paris. Internationales Komitee für Vereintes Europa gebildet, in dem Frankreich, Holland, Belgien, die Schweiz und Großbritannien vertreten sind. (Dena-Reuter)

Prag. Die Sowjetunion hat sich bereit erklärt, der tschechoslowakischen Regierung einen Kredit in Höhe von 1150 Mill. Kronen zu gewähren. (Dena-Reuter)

Budapest. Alle britischen und amerikanischen Truppen sind aus Ungarn abgezogen worden. (Dena-Reuter)

Sofia. Zwischen Bulgarien und Albanien wurde ein Vertrag zur Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung unterzeichnet. — Die gesamten sowjetischen Besatzungstruppen in Bulgarien haben das Land verlassen. (Dena-INS)

München. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Ehard, hat am 16. Dez. das Rücktrittsgesuch des bayerischen Staatsministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Dr. Josef Baumgartner, angenommen. (Dena)

Stuttgart. Auf Grund der von General Clay verkündeten Weihnachtsamnestie wurden in Württemberg-Baden annähernd 175 von amerikanischen Militärgerichten und 425 von deutschen Gerichten verurteilte Strafgefangene entlassen. — Mr. Charles M. Lafolette trat am 15. Dez. offiziell seine Stellung als Direktor der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden an. — Aus 2½ t Wolle einer Spende des Evang. Hilfswerks der Schweiz werden zur Zeit 1200 Anzüge für bedürftige Heimkehrer hergestellt und etwa 82 000 Weihnachtspakete aus einer Liebesgabensammlung des Evang. Hilfswerkes der drei Westzonen sind unterwegs zu deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien, Frankreich, Polen, der Tschechoslowakei, Großbritannien und Norwegen. (Dena)

Saarbrücken. Das saarländische Parlament wählte Johannes Hoffmann (CVP) zum Ministerpräsidenten und stimmte den finanziellen und juristischen Vereinbarungen mit Frankreich zu. (Dena)

Bad Nauheim. Insgesamt 15 163 von 18 000 Eisenbahnwaggons werden bis 28. Februar 1948 von verschiedenen europäischen Ländern der Bizone zurückgegeben werden. (Dena)

Berlin. Die Alliierte Kommandantur erzielte bei Erörterung des 14-Punkte-Programms des sowjetischen Kommandanten von Berlin, über die Verbesserung der Lebensbedingungen der Berliner Arbeiter in sechs Punkten Übereinstimmung. — Die sowjetischen Vertreter im Koordinierungsausschuß des Alliierten Kontrollrates weigerten sich, die von den deutschen katholischen Bischöfen Mitte September in einem Schreiben an den Rat erhobene Klage, über die angebliche Entführung von mehr als zweitausend Kindern aus der sowjetischen Zone zu diskutieren. — Die Militärgouverneure der amerikanischen und der britischen Zone haben 23 von den Landesregierungen vorgebrachten Austauschvorschläge zur Demontageliste angenommen. (Dena)

Hamburg. Zurzeit befinden sich noch 750 000 deutsche Kriegsgefangene in der Sowjet-Union, 400 000 in Frankreich, 260 000 in Großbritannien, 40 000 in Polen, 70 000 in Jugoslawien und 25 000 in der Tschechoslowakei. (Dena)

Bremen. Für die Bizone trafen 170 t Kaffee und Früchte aus Kalifornien ein. (Dena)

SED bittet um Wahrung der Einheit

Berlin, 17. Dez. (Dena) Die Vorsitzenden der SED, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl übermittelten am 16. Dez. an die sechs großen Parteien in den westlichen Zonen ein Telegramm, in dem sie die Bitte aussprachen, die Parteien im Westen möchten jeden Versuch ablehnen, der zu einer Spaltung Deutschlands führen würde.

General Clay über die Demontage

Washington, 17. Dez. (AP) Die Armeeleitung der USA ist von General Clay benachrichtigt worden, daß nach Frankreich, Belgien, den Niederlanden und anderen Nachbarländern Deutschlands Industrieanlagen, die in Deutschland demontiert wurden, abtransportiert werden würden.

Die von der Revision der Demontageliste der US-Zone betroffenen Werke sind: Leistritz Mafa, Nürnberg, und Eisenwerke Buderus, Wetzlar.

Französische Beschlagnahme

Koblenz, 17. Dez. (Dena-Dpd) Beamte der französischen Militärregierung führten in den letzten Tagen mit Unterstützung deutscher Polizeikräfte bei den rheinländisch-pfälzischen Bauern eine Großaktion zur Beschlagnahme der noch vorhandenen Kartoffelbestände durch, um die Versorgung der Bevölkerung in den Städten für den kommenden Winter sicherzustellen. Die Bauern mußten ihre Mieten aufreißen und alle Kartoffeln abliefern. Auch Saatkartoffeln wurden beschlagnahmt.

„Marschall Tito ist tot"

Chicago, 17. Dez. (Dena-INS) Ein früherer Hauptmann der Armee Marschall Titos erklärte am Mittwoch, der eigentliche Marschall Tito sei im Jahre 1943 ums Leben gekommen und Stalin beherrsche heute Jugoslawien durch einen russischen General, der sich als Tito ausgebe.

Der Hauptmann, Ljubo Grabovac, 37 Jahre alt, der von Mezice, Slowenien, über Österreich in die USA geflüchtet ist, behauptete in einem Interview in dem kroatisch-franziskanischen Kloster in Chicago, der Russe, der Tito „spiele", sei ein Oberst namens Iwan Fjodorovitsch Cumarjew.

„Ich kannte Josip Broz, den eigentlichen Tito, viele Jahre lang", berichtete Ljubo Grabovac. „Ich habe gesehen, wie er in den bosnischen Bergen von einer deutschen Stukabombe getötet wurde. Der Mann, der sich als Tito ausgibt, ist ein Mitglied des sowjetischen Polit-Büros, ein fähiger Stratege, der Eroberer der Mannerheim-Linie in Finnland. Er versorgt die kommunistischen Aufständischen in Griechenland mit Waffen".

Japanische Kriegsgefangene

Tokio, 17. Dez. (Dena-Reuter) Die Tokioter Zeitung „Asahi Shimbun" hat nach Berichten und Erklärungen aus der Sowjetunion zurückgekehrter japanischer Kriegsgefangener ein anschauliches Bild über die Lebensbedingungen der noch dort lebenden Japaner zusammengestellt. Danach wird der gegenwärtige sowjetische Fünfjahresplan durch aus japanischen, deutschen und anderen Kriegsgefangenen rekrutierte Arbeitskraft durchgeführt.

Das Schicksal der 600 000 oder mehr japanischen Kriegsgefangenen, die in Gruppen von 500 bis 1000 Mann über die ganze Sowjetunion verstreut sind, besteht in harter Arbeit bei Eisenbahnbauten, in Bergwerken, Häfen, Fabriken und in den Wäldern. In Sibirien sind die Lebensbedingungen am schlechtesten. Die Sterblichkeitsziffer unter diesen Holzfällern soll äußerst hoch sein.

„Die Welt wird erzittern"

Kairo, 17. Dez. (Dena-INS) Riad el Solh, der Premierminister des Libanon, erklärte am 16. Dez., die arabischen Staaten hätten Entschlüsse gefaßt, „welche die Welt erschüttern und jedem beweisen würden, daß die arabischen Staaten beschlossen hätten, den Arabern Palästina zu erhalten".

Ägypten hat seinen Beschluß bekanntgegeben, sich mit 42 % an dem Vier-Millionen-Dollar-Fonds zu beteiligen, den die arabischen Staaten zur Unterstützung der palästinensischen Araber aufbringen wollen.

Die arabischen Länder haben, wie der ägyptische Ministerpräsident Nokraschi Pascha auf einer Kabinettsitzung bekanntgab, beschlossen, ihre regulären Streitkräfte nicht am „Kampf gegen den Zionismus in Palästina" teilnehmen zu lassen.

Die Abendblätter der irakischen Hauptstadt Bagdad meldeten laut Reuter am 16. Dezember, zuverlässige Kreise hätten bestätigt, daß die irakische Armee nunmehr bereit sei, mit den arabischen Armeen für Palästina zu kämpfen. Unbestätigten Berichten zufolge würden voll bewaffnete Streitkräfte in Stärke von 150 000 Mann den Marschbefehl erwarten. 500 000 bewaffnete Angehörige arabischer Stämme seien, fügten die Berichte hinzu, bereit, sich in Transjordanien zu sammeln, um dort das Signal zum Losschlagen zur erwarten.

Kanadisches Auswanderungsbüro in Heidelberg eröffnet

Berlin, 17. Dez. (Dena) Ein kanadisches Auswanderungsbüro wurde kürzlich in Heidelberg eröffnet. Für Deutsche ist zur Auswanderung nach Kanada ein Einwanderungsantrag ihrer Angehörigen in Kanada erforderlich, in dem der Antragsteller nachweisen muß, daß er in der Lage ist, für den deutschen Auswanderer zu sorgen.

Deutschen, die mit kanadischen Staatsangehörigen verlobt oder verheiratet sind, werden die zur Auswanderung notwendigen Papiere ausgehändigt, nachdem ein Antrag für sie in Kanada gestellt worden ist. Vor Aushändigung der Auswanderungspapiere ist eine Untersuchung des Gesundheitszustandes der Auswanderungswilligen und eine Überprüfung ihrer Personalien erforderlich.

Die 55. Sitzung des Landtags von Württemberg-Baden

Stuttgart, 17. Dez. (Hue. Eig. Bericht) Am 17. Dez. fand die 55. Sitzung des württembergisch-badischen Landtags statt. Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der zweiten Beratung des Staatshaushaltplanes für 1947 mit Annahme des Finanzhaushalts. Abg. Ersing (CDU) kam zu Beginn der Sitzung nochmals auf die Auseinandersetzung über die Streichung der Planstellen bei den Aufbauämtern zu sprechen und erklärte, daß eine Aussprache des Ministerpräsidenten mit dem Innenminister im Finanzausschuß zu einer Neuregelung geführt habe. Demnach sollen die Aufbauämter in die Kreisbauämter eingegliedert werden. Beratungsgegenstand der Sitzung war der Etat der Wirtschaftsverwaltung des Wirtschaftsministeriums für Württemberg-Baden. Der Berichterstatter, Abg. Nuding (KPD), kritisierte das Tempo der Beratungen über den Etat, bei dem er fürchtete, daß die Etatgestaltung allzu leicht dem Einfluß des Landtags entzogen werde. (Ausführlicher Bericht in der nächsten Nummer der „BNN".)

Neues italienisches Kabinett

Rom, 17. Dez. (Dena) Das nach den Besprechungen Premierministers Alcide de Gasperi zur Verbreiterung seiner Koalitionsregierung gebildete neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident Alcide de Gasperi (Christl. Dem.) — stellv. Ministerpräsident Giuseppe Saragat (Unabh. Rechtssozialist). Pacciardi (Republikaner) — Einaudi (Liberaler). Außen: Graf Carlo Sforza (Unabh.). Innen: Mario Scelba (Christl. Dem.). Finanzen: Giuseppe Pella (Chr.istl. Dem.). Schatzamt: Gustavo del Vecchio (Unabh.). Justiz: Giuseppe Grassi (Christl. Dem.). Verteidigung: Cipriano Faechinetti (Rep.). Erziehung: Guido Gonella (Christl. Dem.). Öffentl. Arbeiten: Umberto Tupini (Chr. Dem.). Landwirtschaft: Antonio Segni (Chr. Dem.) Transport: Guido Corbellini (Chr. Dem.). Post und Telegraph: Ludovico Daragona (Unabh. Rechtssoz.). Industrie und Handel: Roberto Tremelloni (Unabh. Rechtssoz.). Arbeit: Amintore Fanfani (Chr. Dem.). Außenhandel: Cesare Merzagora (Unabh.). Handelsmarine: Paolo Cappa (Dem.).

Die unabhängige französische Abendzeitung „Le Monde" schreibt lt. Reuter zur Kabinettsumbildung in Italien, Ministerpräsident Alcide de Gasperi habe seine Position nach innen und außen gestärkt und die äußerste Linke rechtzeitig vor den Wahlen im März isoliert. In internationaler Hinsicht werde sich die Erweiterung der italienischen Regierung sicherlich günstig auswirken.

Patenschaften für Heimkehrer

Stuttgart, 17. Dez. (Dena) Das Hilfswerk der evangelischen Kirche in Deutschland wird in der Zeit vom 20.—31. Dezember eine Werbeaktion zur Übernahme von Patenschaften für heimatlose Rückkehrer aus Kriegsgefangenschaft durchführen.

Den heimatlosen Rückkehrern soll eine Gastpatenschaft vermittelt werden, die mit einer mindestens achtwöchigen Aufnahme in einer deutschen Familie verbunden ist. Außerdem ist eine Hilfspatenschaft mit materieller Unterstützung, insbesondere mit Kleidung und Wäsche, vorgesehen.

Das Hilfswerk fordert in einem Aufruf alle Einzelpersonen und Familien auf, die in der Lage sind, derartige Patenschaften zu übernehmen, sich bei den Stellen des Hilfswerks zu melden.

Der neue Ministerpräsident der Saar, Johannes Hoffmann (Dena-Bild)

„Sind Sie ein Kommunist?"

„Mein Herr, zufällig bin ich Demokrat und Protestant, aber ich bezweifle das verfassungsmäßige oder moralische Recht irgend eines Kongreßkomitees, mich zu einer Aussage unter Eid zu zwingen, ob ich zur Zeit ein Mitglied der demokratischen Partei oder einer protestantischen Kirche bin oder je war. Bevor es tatsächlich ein Verbrechen wird, Kommunist oder Atheist zu sein, bin ich der Ansicht, daß es Kommunisten und Atheisten gleichmäßig freigestellt sein sollte, über ihre politischen und religiösen Überzeugungen zu reden oder den Mund zu halten." Oder:

„Mein Herr, ich verabscheue Kommunismus und die Leute, die damit sympathisieren. Trotzdem sehe ich nicht ein, nach welchem Recht das Thomas-Komitee oder irgend ein anderer jemandes kommunistische Neigungen untersucht. Diese Partei ist noch nicht zu einer Umsturzpartei erklärt worden. Es ist noch nicht offiziell erklärt worden, daß sie für und mit Hilfe einer ausländischen Macht arbeitet. Wenn die Regierung meint, daß die Kommunistische Partei eine Umsturzpartei ist, sollte sie sie außerhalb des Gesetzes stellen. Wenn das geschehen ist, wären das Thomas-Komitee und andere Behörden berechtigt, einen Mann zu fragen, „Sind Sie Kommunist?" Bis dahin kann niemand das Recht dazu haben."

Die Reihe dieser Zuschriften an amerikanische Zeitungen und Zeitschriften ließe sich beliebig verlängern. Sie ergeben einen sehr instruktiven Durchschnitt durch die öffentliche Meinung Amerikas über die Recht- oder Verfassungsmäßigkeit des Kongreß-Komitees für unamerikanische Tätigkeit.

Dieses Komitee steht seit Monaten im grellsten Scheinwerferlicht des öffentlichen Interesses. Und selbst der naive Europäer wird sich vorstellen können, „was sich da tat", als ein gewichtiges Aufgebot von Künstlern aus Hollywood vor den Schranken erschien und Berühmtheiten wie Adolphe Menjou, Gary Cooper oder Katherine Hepburn die Fragen des Vorsitzenden Thomas beantworteten — oder nicht beantworteten.

Denn — und hierin liegen Beispiel und Lehre für die ganze Welt — ein großer Teil der Befragten verweigerten die Aussage, weil sie die Recht- und Verfassungsmäßigkeit einer Befragung durch das Komitee bestritten. Sie verweigerten die Aussage, nicht weil sie Kommunisten waren oder mit dieser Partei sympathisierten, sondern weil sie auf ihrem Recht der freien Meinungsäußerung und der Freiheit der politischen Überzeugung bestanden.

Das ist umso bemerkenswerter, als die Antipathie gegen die Sowjetunion infolge der unversöhnlichen Starrheit der russischen Außenpolitik seit Kriegsende in Amerika zu einem großen Maße die Bewunderung für die russischen Kriegsanstrengungen abgelöst hat.

Der Streit der Meinungen geht um die bürgerlichen Freiheiten auf der einen und das Recht, ja die Pflicht des Staates auf der anderen Hand sich gegen Umsturzversuche von seiten einer Partei zu schützen. Und erst die Erklärung der Kommunistischen Partei zu einer solchen des Umsturzes durch das Oberste Bundesgericht würde einem großen Teil des amerikanischen Volkes eine Befragung über seine politische Überzeugung rechtfertigen. Bis dahin scheint es sich im stolzen Gefühl seiner Freiheit von Zwang an seinen dritten Präsidenten Jefferson zu halten, der im Jahre 1801 sagte: „Wenn es unter uns Leute geben sollte, die die Union auflösen oder ihre republikanische Form verändern wollen, laßt sie ungestört als Denkmäler der Sicherheit stehen, mit der eine irrige Ansicht da ertragen werden kann, wo die Vernunft sie frei bekämpfen kann."

H. B.

Unnötiges

Überall ist Not. Aber um auf alle Nöte einzugehen, daran hindert die Papiernot. Ich halte es, nebenbei bemerkt, für überflüssig; denn jeder hat seine eigenen Erfahrungen gemacht.

Die Not hat zahlreiche Ämter geboren. Sie lenken, erfassen in langen Tabellen und verwalten Gramm um Gramm und Stück um Stück. Auf dem Papier. Oft stimmen hinterher die Eintragungen nicht, weil die Dinge einfach verschwunden sind. Manchmal verschwinden die Dinge auch schon vorher. In der Praxis spricht man dann von Schwund. Es sollen viele nicht schlecht davon leben. Indessen wird das, was nicht da ist, verwaltet, gelenkt und verteilt. Die Akten wachsen und die Angestellten auch. Das Wachstum ist derart erfreulich, daß das Amt vergrößert werden muß. Aktenschränke kommen in das Haus und noch viel mehr Papier. Papier, während die allgemeine Papiernot anhält. „Nur" ¾ des erzeugten Papiers verschlucken die Behörden, während sich in die „Restmasse" Zeitungs- und Buchverlage teilen müssen. Die Tabellen müssen aber weitergeführt werden, und in den Aktenschränken staut sich das statistische Material mit und ohne Schwund.

Ein Amt ohne Vordrucke ist kein Amt. Das sagte sich auch das Verkehrsministerium, das aus undurchsichtigen Gründen die Erneuerung der Kennzeichen durchführt. Man beschränkte sich in Anbetracht der Papiernot auf sechs doppelseitige Anträge und fügte außerdem einen Handzettel bei. Auf einen Bogen mehr käme es schließlich auch nicht mehr an, und es wäre zu erwägen, ob nicht der Vollständigkeit halber ein astrologischer Anhang mit Horoskop zweckmäßig wäre.

Indessen suche ich vergeblich nach dem Sinn und einer Schreibkraft, die über Vorkenntnisse im Ausfüllen von Fragebogen verfügt, um die Abgabe termingemäß durchführen zu können. P. S.

KURZE STADTNOTIZEN

Krankenmilch. Die Versorgungslage in Vollmilch macht es erforderlich, bei verschiedenen Krankengruppen (M2, Sl, S 3, S 5, S 7) nach Vereinbarung mit der Ärztekammer die Vollmilchzulage ganz zu streichen. Es können daher ab sofort in Karlsruhe nur noch die Empfänger von Krankenzulagen für Tuberkulose, Nieren- und schwerste Fälle akuter Erkrankungen auf Bescheinigungen des Ernährungsamtes Karlsruhe-Stadt ihre Krankenmilch erhalten. Diese Zulagenempfänger sowie Blut- und Frauenmilchspender erhalten ihre Bescheinigung zum tägl. Weiterbezug von Vollmilch von der Abt. Krankenzusatz des Ernährungsamtes Karlsruhe-Stadt. Alle Gutschriften für bereits abgegebene Krankenmilch- oder Reisemarken ruhen zunächst und dürfen ab sofort nicht beliefert werden. Es besteht Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß die Krankenmilch innerhalb des Zeitraums bezogen werden muß, für den der Krankenzusatz gewährt wird. Nachlieferungen oder Gutschriften dürfen nicht durchgeführt werden.

Wieder Gassperrstunden. Infolge der ungenügenden Kohlenbelieferung des Gaswerkes sowohl nach Menge als auch nach Sorte müssen wiederum Gassperrstunden eingeführt werden und zwar in der Zeit von 14 bis 17 Uhr und 21 bis 5 Uhr. Während dieser Zeit ist Gasentnahme untersagt und zur Vermeidung von Unfällen müssen während der Sperrzeit die Gashähne und Zündflammen geschlossen werden.

Müllaholung an Weihnachten und Neujahr. Anstatt am 25. bzw. 26. Dezember wird am Dienstag, 23., bzw. Mittwoch, 24. Dezember Müll abgeholt; und anstatt am 27. 12. 1947 bzw. 1. 1. 1948 am Montag, 29. bzw. Mittwoch, 31. Dezember 1947, anstelle von Samstag, 3. 1. bereits am Freitag, 2. 1. 1948.

Mauer eingestürzt. Bei Abbrucharbeiten in einem Werk in der Wattstraße stürzte eine Mauer ein. Dies hatte zur Folge, daß vier Arbeiter mit dem Dachgerüst abstürzten. Während einer einen Beinbruch erlitt, kamen die übrigen mit leichteren Verletzungen davon.

Diebstähle. Bei einer nächtlichen Streife wurden ein Artist und eine Arbeiterin festgenommen, die kurz vorher von einem abgestellten Personenkraftwagen die Ersatzbereifung gestohlen hatten. Der Ersatzreifen konnte dem Besitzer wieder zugeführt werden. — In den Abendstunden wurde ein auf der Kaiserallee vor einem Kraftfahrzeug-Handelsgeschäft abgestellter, fabrikneuer Büssing-Lastkraftwagen gestohlen.

Der trojanische Krieg findet statt! Um Gerüchten und Mißverständnissen vorzubeugen, teilen wir mit, daß der Autor einen unglücklichen Titel zu seinem Schauspiel gewählt hat. Entgegen allen Gerüchten und entgegen der Betitelung findet die Premiere heute im Bad. Staatstheater statt.

„Hans im Glück". Das Märchenspiel der „Jugendbühne Kinderland" wird am Samstag, 20. 12., 15.00 Uhr, im Bonifatiussaal wiederholt.

Frauen im Dienste der Menschheit und des Friedens

Die Deutsche Friedensgesellschaft veranstaltete dieser Tage mit der Karlsruher Frauengruppe im Hörsaal der Dentistenschule eine Kundgebung, die von Prof. Jörger mit dem Hinweis eröffnet wurde, daß die wahre Geschichte der Menschheit nicht in den Katastrophen entschieden werde, die alles vernichten, sondern in den Friedenswerken. Den Frauen obliege vor allem die Erziehung der Jugend, nicht zu Opfern des Krieges, sondern zu Bürgern des Friedens.

Frau Löw zeigte an verschiedenen Frauengestalten, wie diese sich um die Allgemeinheit und die Idee des Friedens verdient gemacht haben. Frau von Stael (geb. 1766) trat gegen den Gewaltherrscher Napoleon auf. Ihr Buch über Deutschland diente der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Berta von Suttner (geb. 1843) erlebte als Begleiterin ihres Mannes den russisch-türkischen Krieg. Von den furchtbaren Eindrücken ergriffen, nahm sie den Kampf gegen den Krieg zu einer Zeit auf, als der Tod auf dem Schlachtfeld als der schönste Tod gepriesen wurde. Sie wurde Leiterin der internationalen Friedensagitation. Marie Curie und ihr Mann Pierre Curie entdeckten nach unermüdlichen Anstrengungen 1898 das Radium, das für die leidende Menschheit ein Segen wurde. — Amalie Dietrich wurde eine Bahnbrecherin in der Pflanzen- und Tierkunde. Eine Hamburger Firma schickte sie nach Australien, wo sie jahrelang, ganz auf sich gestellt, Pflanzen und Tiere sammelte, präparierte und nach Deutschland schickte. — Käthe Kollwitz (geb. 1867), die bedeutende Graphikerin, hat das Gewissen der Menschen für die Nöte des Nächsten wachgerufen, wovon ihre Darstellungen von Einzelschicksalen oder des Weberaufstandes und der Bauernkriege beredtes Zeugnis ablegen.

Frl. Dr. Anders als Sprecherin der Frauengruppe würdigte ebenfalls die opfervolle Arbeit dieser hervorragenden Frauen. Elgro.

Käse, Trocken-Magermilch, Kochmehl, Schweinefleisch aufgerufen

Die Käseabschnitte sämtlicher Lebensmittelkarten der 109. Zuteilungsperiode mit dem Mengenaufdruck 62,5 Gramm dürfen ab sofort beliefert werden, teilt das Ministerium für Ernährung u. Landwirtschaft für Württemberg-Baden mit. Infolge Lieferschwierigkeiten werden die Käseabschnitte gleichzeitig bis einschließlich 18. Januar 1948 verlängert.

In Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und Pforzheim erhalten Erwachsene 200 g, Jugendliche und Kinder 300 g Trockenmagermilch. — Versorgungsberechtigte über sechs Jahre erhalten in Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg und Pforzheim anstelle von 1000 g Roggenbrot wahlweise 750 g Kochmehl. — Soweit der Vorrat reicht, können die Verbraucher in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auf die aufgerufenen Fleischabschnitte wahlweise 100 Gramm Schweineschmalz beziehen.

Ideenwettbewerb zum Wiederaufbau

Die Stadtverwaltung Karlsruhe schrieb unter dem 1. Dezember einen Ideenwettbewerb für die städtebauliche und architektonische Ausgestaltung der Kaiserstraße in Karlsruhe vom Marktplatz bis Hauptpost aus. Teilnahmeberechtigt sind alle im ehemaligen Land Baden geborenen oder dort ansässigen Architekten und Ingenieure, die ihren Beruf ausüben dürfen.

Damit wird die Diskussion der Frage: „Wie soll die Kaiserstraße in Karlsruhe wieder aufgebaut werden?" auf eine breitere Basis gehoben und die Antwort den dazu berufenen, interessierten Fachkreisen übergeben. Es ist erwünscht, daß sich nicht nur die Architekten und Ingenieure der eigenen Stadt an dem Wettbewerb beteiligen. Es ist zu hoffen, daß durch die Erweiterung des Teilnehmerkreises eine gute Lösung für dieses schwierige Problem gefunden wird. (Näheres im Anzeigenteil.)

Ausstellung der Pfadfinder

Aus der dichtverschneiten Ludwig-Marumstraße (Maxaustraße) führt der Weg im Haus Nr. 4, II in das „sommerliche" Treiben des Pfadfinderhorstes. Zelte mit schönen Ornamenten, Feuerstellen mit riesigen Kochtöpfen, Tische mit Sitzgelegenheit originellster Art und anderes praktisches Zubehör für die Wanderungen bekunden die Verbundenheit der Pfadfinder mit der Natur. Kleine Modelle verschiedenartiger Hängebrücken, Lagerplätze, auch Schnitzarbeiten, Weihnachtskrippen, Zeichnungen, kurz alles, was ein Jungenherz interessiert, ist hier ausgestellt. Für die zuständige Mutter werden allerdings die von einem Pfadfinder aus Roßhaaren hergestellten Besen den Höhepunkt bilden. Ein großer Tisch mit Literatur unterrichtet über die Geschichte und die Eigenart der Pfadfinderschaft in Deutschland und der Welt; denn die von Lord Baden-Powell gegründete Organisation ist in fast allen Ländern der Erde verbreitet. Hauptgrundsatz: Der Pfadfinder ist treu und hilfsbereit. Die Ausstellung ist bis einschließlich Samstag, 20. Dezember täglich von 15 bis 18 Uhr geöffnet. Sie wirbt um Unterstützung und Kontakt. Elgro.

DIE WIRTSCHAFT

Monatsausweis der Landeszentralbank Württemberg-Baden. Der Monatsausweis zeigt Ende November eine Zunahme der Barbestände um 65 Millionen Mark auf 2206 Millionen Mark. Der Banknotenrückfluß hat wesentlich zu einer Erhöhung der Einlagen der Kreditinstitute des Landes um 96 Millionen Mark auf 1962 Millionen Mark beigetragen. Der Rückgang der Postscheckguthaben um 87 Millionen Mark auf 25 Millionen Mark und die Ermäßigung der Einlagen öffentlicher Verwaltungen um 54 Millionen Mark auf 420 Millionen Mark sind zum Teil durch die Verrechnung gegenseitiger Guthaben zwischen der Landeszentralbank und dem Postscheckamt bedingt. Durch Umbuchungen im Zusammenhang mit der Abwicklung der Reichsbank verzeichnen die sonstigen Aktiva eine Abnahme um 30 Millionen Mark auf 462 Millionen Mark und die sonstigen Passiva einen Rückgang um 27 Millionen Mark auf 17 Millionen Mark. (Dena)

Die Kohleverteilung im November. Nach der Monatsstatistik der britisch-amerikanischen Kontrollgruppe standen im November wie im Oktober aus der Kohlenförderung der britischen Zone insgesamt 5,93 Mill. t zur Verfügung. Hiervon entfielen auf Steinkohle 3,75 (3,62), auf Steinkohlenbriketts 0,15 (0,17), auf Steinkohlenkoks unverändert 1,11, auf Braunkohlenbriketts 0,90 (1,01) und auf Braunkohlenkoks unverändert 0,02 Mill. to. In der Zuteilungsperiode vom 27. 10. bis 23. 11. wurden die vorgesehenen Zuteilungen für die Bizone mit 3,86 (3,50) Mill. t zu 109,4 % erfüllt, da an no-movement Kohle, d. h. an Kohle, die weder über die Schienen noch über die Straße geht, allein 1,30 (0,93) Mill. t geliefert wurden. Die französische Zone erhielt mit 126 236 (125 236) t 71,3 %, die russische Zone mit 142 950 (114 065) t 95,3 % und Berlin mit 146 704 (129 399) t insgesamt 91,7 % der vorgesehenen Zuteilungen. Der Kohlenexport aus der britischen Zone ging in dem Vierwochenzeitraum des November im Vergleich zur vorhergehenden Periode auf 0,94 (1,01) Mill. t zurück. Hiervon gingen u. a. nach Frankreich einschließlich Nordafrika 186 505 (172 485) t, nach Österreich 157 134 (193 146) t, nach Luxemburg 124 607 (124 757 t, nach Holland 101 607 (98 821) t, nach Italien 92 806 (112 394) t und nach Belgien 56 823 (83 505) t. Die Exportzuteilungen wurden damit zu durchschnittlich 86,4 %, für Österreich jedoch nur zu 71,4 % erfüllt. (WID)

Braunkohlengewinnung im November. Die Braunkohlenförderung der britischen Zone sank zwar von 5,09 Mill. t im Oktober auf 4,69 Mill. t im November, da die Zahl der Arbeitstage geringer war. Aber die arbeitstägliche Förderung ist auf 182 983 (182 315) t gestiegen. Der Selbstverbrauch der Braunkohlengruben betrug 1,04 (1,14) Mill. t, während den Brikettfabriken 2,04 (2,29) Mill. t für die Brikettherstellung zugeführt wurden. Für die Stromerzeugung wurden 1,14 (1,16) Mill. t verwendet. Die Braunkohlenbrikett-Herstellung betrug im November 945 155 (1 061 638) t und war arbeitstäglich mit 38 863 (38 874) t nur wenig verändert. (WID)

Die Steinkohlenförderung in der britischen Zone, die am 29. Nov. mit 284 398 t den höchsten Stand nach dem Kriege erreichte und in den ersten Dezember-Tagen auf rund 275 000 t zurückging, ist bis zum 13. Dez. weiter auf 266 099 t abgesunken. (Dena)

Vereinigte Öl- u. Fettwerke AG in Brake-Unterweser. Die Gesellschaft befaßt sich mit der Härtung (Hydrierung) von Fetten jeder Art, u. a. auch von Walöl. Die Fettraffinerie Brake besitzt die größte Härtungsanlage in Europa mit einer Leistungsfähigkeit bis zu 500 000 Kilo Öl pro Tag. Außerdem erfolgt die Härtung von Fettsäuren und ähnlichen Produkten, die als Grundstoff für die Seifenherstellung dienen, nach einem neuen Verfahren. (Dena)

Einfuhr von 1,25 Millionen Tonnen Eisenerz für 1948 zugesagt. Für die Stahlproduktion der Bizone im Jahre 1948 sind dem Amt für Stahl und Eisen von der Zweimächtekontrollgruppe in Frankfurt 1,25 Millionen t Eisenerz zugesichert worden, teilte das Amt für Stahl und Eisen am 15. 12. mit. (Dena)

Wolfsburger Motorenwerk bei Fallersleben. Das Werk hat im November 879 Volkswagen hergestellt gegenüber 800 im Oktober. Die Gesamtproduktion von Kraftfahrzeugen in der brit. Zone betrug im November 1 655 Stück (Oktober 1 589). Außerdem wurden 222 (138) LKW-Anhänger und 136 (117) PKW-Anhänger gebaut. (Dena)

Aluminium aus Flugzeugschrott für die deutsche Wirtschaft. Durch das Einschmelzen von Aluminiumschrott aus alten Flugzeugen werden in der US-Zone etwa 25—30 000 t Aluminiumbarren gewonnen werden, teilte das Zweimächte-Kontrollamt am 13. 12. mit Davon sei die Hälfte für die Vereinigten Staaten bestimmt, während die andere Hälfte der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden soll. (Dena)

Gustav Genschow & Co. A. G. in Karlsruhe-Durlach (Werk Wolfartsweier). Mit Wirkung vom 1. Dezember 1947 lautet die Anschrift: Landmaschinenwerk Karlsruhe-Durlach, Tiefentalerstraße 1. — Hiermit ist die Loslösung des Werkes aus dem Verband der ehemaligen I. G. Farbenindustrie bzw. der Fa. Gustav Genschow & Co. A. G. vollzogen.

Küppersbusch & Söhne AG. in Gelsenkirchen. Das Werk hat die Produktion wieder etwa zur Hälfte der Normalerzeugung erreicht. (WID)

Der neue Standard-Superempfänger. Für den in der brit. Zone hergestellten Standard Super 4-Röhren-Radio-Apparat hat das Verwaltungsamt für Wirtschaft den Verbraucherhöchstpreis auf 475 RM festgesetzt. An der ersten Auflage von 200 000 Stück sind folgende Firmen in der britischen Zone beteiligt: Telefunken GmbH., Hannover, G. Lorenz AG., Werk Hannover, Blaupunkt Apparatebau GmbH., Hildesheim, Elektro-Akkustik KG., Kiel, Neufeld & Kuhnke GmbH., Kiel, Tofi-Apparatebau Dr. Daniel KG., Pforz b. Köln, Mechanische Werkstätten Lensahn, Lensahn/Ostholstein, Wilhelm Krofft AG., Gevelsberg, Radix, Elektrotechnische Fabrik, Flierich über Unna. (Dena)

Marburg - Prismengläser, Gießen - Optik. Die physikalisch-technischen Werkstätten D. Nickel stellen Geräte für pharmazeutische Zwecke und Prismengläser her. Die Optik dieser Gläser wird von der Gießener Firma Franke & Co. bezogen. Die Firma Nickel stellt zur Zeit monatlich 60 bis 70 Prismengläser her, die außer an die Besatzungsmacht gegen Bescheinigung an Jagdinhaber sowie an Polizei und Schiffahrt geliefert werden. (Dena)

Zeiß-Werke in Jena. Die optische Abteilung der Zeiß-Werke lieferte bisher 151 000 Linsen, 600 Prismen, 18 000 Tessare und 35 000 Optiken für verschiedene Geräte. Ferner wurden 21 500 Objektive f. Photoapparate hergestellt. Die Anfertigung neuartiger Brillengestelle wurde aufgenommen. Das Glaswerk Schott hat außer der Erzeugung von optischem Glas auch die Erzeugung von Röhren- und Fensterglas aufgenomen. Mit der Bizone liegen Verträge über den Austausch von Rohmaterial gegen Objektive vor. (Dena)

Bopp & Reuther in Mannheim. Dieses Mannheimer Armaturenwerk kann auf ein 75jähriges Bestehen zurückblicken. Die Kapazität kann nur zu 32% ausgewertet werden. Der Exportanteil ist von 25% vor dem Kriege auf 10% zurückgegangen. (w.)

Reißzeug-Produktion in Bayern. Die zur Zeit arbeitenden 29 Betriebe der Reißzeug-Industrie Bayerns haben seit Wiederaufnahme des Exports Erzeugnisse im Wert von 510 000 Dollar ausgeführt. Wie die Landesstelle Feinmechanik und Optik mitteilt, sind das rund 80% der Produktion. (Dena)

Zellstoff-Fabrik Mannheim-Waldhof. Die Gesellschaft hat als Sonderauftrag des Wirtschaftsministeriums Stuttgart eine Lieferung von 20 000 rm Faserholz aus Finnland erhalten. Der daraus gewonnene Zellstoff wird eine monatliche Menge von 300 000 kg ausmachen, der an eine Kunstseidenfabrik weitergeleitet und hier zu Seidenwäsche verarbeitet wird. Sie ist für den Export bestimmt und aus ihrem Erlös soll die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen ermöglicht werden. (w)

Rheinische Kunstseide AG. in Krefeld. Die Hauptversammlung beschloß, den für 1946 nach 0,62 (1,38) Mill. Anlageabschreibungen ausgewiesenen erhöhten Verlust von 1,38 (0,62) Mill. RM. weiter vorzutragen. Die Produktionskapazität konnte bisher nur teilweise ausgenutzt werden. (WID)

Holz- und Forstwirtschaft. An Laub- und Nadelschnittholz sind in Württemberg-Baden im Oktober 45 200 cbm produziert worden. Von den Sägewerken wurden 45 823 cbm ausgeliefert, darunter 2 205 cbm Nadelschnittholz für Lieferungen an die US-Armee. Nach England sind von Januar bis Ende Oktober 1947 42 093 cbm Nutzholz abgegangen. (Hue)

Warenaustausch zwischen Sowjetzone und den drei Westzonen. Die Warenbezüge der Sowjetzone aus den drei Westzonen betrugen im November 22,6 Millionen Mark, während sich die Lieferungen der Sowjetzone auf 21,7 Millionen Mark stellten, teilte die Zentralverwaltung für Interzonen- und Außenhandel der Sowjetzone mit. Damit bleiben die Lieferungen der Sowjetzone in diesem Monat um 0,9 Millionen Mark niedriger als ihr Wareneingang. — Bis Ende November verzeichnete die Interzonen-Handelsbilanz der Sowjetzone einen Aktivsaldo von 50,9 Millionen Mark, von dem rund 90% auf die US-Zone entfallen.

Nachdem die Eisen- und Stahllieferungen der britischen Zone im 3. Quartal dieses Jahres mit 71 600 t die vertraglich vereinbarte Menge von 78 500 t fast erreichten, war nach Angabe der Verwaltung im Oktober und November wieder ein erheblicher Rückgang der Lieferungen zu verzeichnen, die bisher insgesamt etwa ⅔ der Vertragsmengen betragen. Die Grubenholzlieferungen der Sowjetzone haben fast 50% der vertraglich festgelegten Mengen erreicht. Die vereinbarten Reifenlieferungen aus den Westzonen seien bisher zu 17% erfüllt worden. (Dena)

Über Stand und Aufgaben der versicherungswissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland unterrichtet eine ausgezeichnete Arbeit von Privatdozent Dr. Karl Hax, Köln, in Nr. 21 der „Versicherungswirtschaft" vom 15. Dezember 1947 (Verlag C. F. Müller, Karlsruhe).

Die Leipziger Messe im Frühjahr 1948 findet unter Zustimmung der Besatzungsmacht vom 2. bis 7. März statt.

Messe- und Ausstellungs-Kontor (M. A. K.) in Frankfurt a. M. Mit dem Hauptsitz in Frankfurt a. M. wurde ein Messe- und Ausstellungs-Kontor gegründet. Neben der Unterrichtung, Beratung und Vermittlung in allen Messe- und Ausstellungsangelegenheiten gehört zu seinem großen Aufgabengebiet auch die Neuanbahnung von Verbindungen zum Messewesen des Auslandes.

Neue Bücher

Karl Kautsky: **Vorläufer des neueren Sozialismus.** Bd. I. Kommunistische Bewegungen im Mittelalter. Bd. II. Der Kommunismus in der deutschen Reformation. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin. — Im selben Verlag: **Warum mußte die Münchener Konferenz scheitern?** Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD. — Paul Merker: **Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems.** — Louis Fürnberg: **Mozart-Novelle.**

Herausgegeben unter Militär-Regierung-Lizenz US-WB-101. Verantwortl. Schriftleiter: Walter Schwerdtfeger und Wilhelm Baur. — Nachrichten: DENA (Deutsche Allgem. Nachrichten-Agentur), DPD (Deutscher Pressedienst Brit. Zone), AP (Associated Press), SNB (Sowjet. Nachr.-Büro), INS (Internat. News Service). — Für Rücksendung nicht verlangter Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Wiederinstandsetzung der Schulhäuser

435 000 Mark Kostenaufwand im Rechnungsjahr 1947/48

Bei der Stadtratssitzung am 15. 12. im Durlacher Rathaus referierte, wie schon kurz berichtet, Bürgermeister F. Heurich über die Wiederinstandsetzungsarbeiten an Karlsruher Schulhäusern. Zunächst gilt es, die schwerbeschädigten Schulgebäude durch Überdachung vor weiterer Zerstörung zu sichern. Bisher war es infolge der schwierigen Baustofflage unmöglich, über den in Frage kommenden Schulhäusern, Karl Wilhelm-, Schiller-, Goethe- Garten- und Gutenbergschule II ein Holzdach zu errichten. Dies hätte die Gesamtmenge des für sämtliche städtischen Gebäude für ein halbes Jahr zur Verfügung stehenden Bauholzes erfordert. Massivdecken zu bauen, scheiterte an dem Mangel an Eisen.

Unter diesen Umständen müssen die genannten 5 Schulen noch einmal einen Winter ohne Schutz gegen die Witterung überdauern. Nur wenn die Baustofflage sich bessern sollte, kann in der einen oder anderen dieser Schulen noch in diesem Winter mit der Überdachung begonnen werden. Vordringlich ist die Wiedergewinnung von Schulräumen in weniger schwerbeschädigten, unbenutzten oder teilweise benutzten Schulgebäuden. Dazu gehören die Beiertheimer und Bulacher Schule, die Südendschule II und Nebeniusschule. Die umfangreichen Bauarbeiten an diesen 4 Schulen sind in vollem Gange. Mit Ausnahme der Bulacher Schule wird ein Teil der Räume in diesen Gebäuden in absehbarer Zeit bezogen werden können. Bei der Hardtschule in Mühlburg und Markgrafenschule in Durlach ist der Neubau endgültiger Dächer dringend notwendig. Wegen des Holzmangels muß man sich jedoch damit begnügen, nochmals eine weitgehende Reparatur der Notdächer auszuführen. In der Gutenbergschule I wird durch eine Teilausführung ein Stockwerk wiedergewonnen. In der Alten Schule in Daxlanden und in der Gewerbeschule werden durch Innenausbau einige weitere Räume der Benützung zugeführt. An der Verbesserung des Zustandes der benutzten Schulräume durch Reparaturen an Türen, Fußböden, Verputz, Anstrich und Verglasung wird ständig gearbeitet.

Wenn dieses Programm der Schulhausinstandsetzung auch längst nicht alle Wünsche erfüllen kann, so stellt es doch im Verhältnis zum gesamten Bauvolumen eine beachtliche Leistung dar. Der Kostenaufwand allein für die Schulen beziffert sich im Rechnungsjahr 1947/48 auf 435 000 Mk. Hiervon entfallen auf die Volksschulen 355 000 Mark, auf die Oberschulen 45 000 und auf die Gewerbe- und Handelsschulen 35 000 Mark.

Die Stadt, so bemerkte Bürgermeister Heurich abschließend, habe bisher zur Behebung der Schulraumnot alles getan, was im Rahmen des Möglichen lag. Nur durch eine baldige Besserung in der Baustoffproduktion könne die Instandsetzung von Schulgebäuden beschleunigt werden.

Für den Stadtteil Weiherfeld-Dammerstock bemühe man sich um einen Notschulbetrieb für die Wintermonate, evtl. in einem geeigneten Privathaus, um den Kindern den weiten Schulweg nach Rüppurr zu ersparen.

In der Aussprache stellte Stadtrat Konz fest, daß das vorhandene Material und die Arbeitskräfte nicht mehr ausreichen würden, um bereits angefangene Bauarbeiten fertigzustellen. An 1200 Baustellen werde z. Zt. in Karlsruhe gearbeitet. Es dürften keine neuen Baugenehmigungen gegeben werden, ehe nicht die begonnenen Arbeiten durchgeführt seien. Bürgermeister Heurich betonte, daß vorläufig neue Baugenehmigungen nicht mehr in Frage kämen, und zunächst die Schulen bevorzugt würden, um der Jugend wieder einen geordneten Schulbetrieb zu ermöglichen. L. A.

Schlechte Ware

Eine ernste Mahnung an die Herstellerfirmen

Vorige Woche kaufte ich mir einen Kamm für 3.50 Mark. Ich sah ihn in einer Auslage liegen. Er glänzte silbrig und sah vielversprechend aus. Ich fuhr mir einmal durch den absolut nicht üppigen Haarwuchs, der Kamm brach in zwei Stücke. Ich kaufte mir eine Zahnbürste für 7 Mark (wohlgemerkt, in einem ordentlichen Geschäft). Als ich die Zähne damit putzte, hatte ich den Mund voller Borsten. Ich konnte Zahnbürste und Kamm wegwerfen. Mit anderen Dingen ging es mir ähnlich.

In früheren Zeiten gab es ein Gesetz, das den Käufer vor Betrug schützte. Die Qualität der Ware war garantiert. Was mag wohl einen Fabrikanten veranlassen, Dinge herzustellen, die nur einen beschränkten oder keinen Gebrauchswert haben? Der Hauptgrund dürfte an der Gewinnsucht gewisser Kreise liegen, die sich leider einer allzugroßen Duldsamkeit der zuständigen Behörden erfreuen. Wenn je eine Erzeugung einen Sinn hat, dann nur in Richtung auf den Verbraucher. Alle Wirtschaft rührt letzten Endes von der Masse der Verbraucher her. Der Verbraucher bestimmt die Produktion. Dieser Grundsatz einer gediegenen, verantwortungsbewußten Wirtschaft ist in neuerer Zeit offenbar völlig verloren gegangen. Nicht der Verbraucher bestimmt heute die Herstellung, sondern der Gewinntrieb, nach dem Grundsatz: Die Leute kaufen es doch!

Diese Verantwortungslosigkeit kann nicht durch den Mangel an geeignetem Herstellungsmaterial entschuldigt werden. Wenn kein geeignetes Material vorhanden ist, muß man auf die Produktion verzichten. Firmen, die auf ihren Ruf halten, handeln auch so.

Es gab einmal eine Zeit, da war das Prädikat „Made in Germany" ein Gütezeichen und beliebt in aller Welt. Dieses „Made in Germany" sollte aber nicht allein für das Ausland gelten, sondern auch für das Inland. Ursus.

Stätte der edlen Töne

Ehrung des Geigenbauers Eugen Wahl durch die Technische Hochschule

In einem hellen, freundlichen Raum überraschten wir den Meister bei der Arbeit. Genau 40 Jahre übt der heute 70jährige Geigenbauer Eugen Wahl seinen Beruf aus, zu dem es ihn verhältnismäßig spät trieb. Trotzdem schuf er bis jetzt insgesamt 489 Geigen, eine Zahl, die von anderen kaum erreicht wurde. Viele dieser Instrumente halfen mit an Triumphen großer Künstler in den Konzertsälen. „Mit jeder Geige geht ein Stück von mir", erklärte der Geigenbauer. Wer rohem Holz mit geschickten Händen zum Leben verhalf, trifft diese Feststellung mit Recht. Und nun hingen sie in einer Reihe, die fertigen Geigen, die nach den Vorbildern großer italienischer Meister angefertigt wurden, mit kunstvollen Schnitzereien. Über 20 Jahre experimentierte er in akustischer und physikalischer Hinsicht und erreichte einen besonders hohen Stand in der Technik des Geigenbaues. In Briefen drücken ihm Künstler ihre hohe Verehrung aus, und bewundern besonders die Vollkommenheit des Toncharakters, der nach Stradivari, Amati, Guarneri oder anderen Meistern gebauten Geigen. Eugen Wahl hat in der Mehrzahl nach Stradivari und auch nach Amati gebaut. In einem besonderen Raum hingen die Jubiläumsgeigen von der 50. bis opus 450. Mit besonderem Stolz zeigte der Meister seine 100. Schöpfung, die nach der bekannten Guarneri Paganinis gebaut wurde.

Die Technische Hochschule Fridericiana in Karlsruhe hat in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste auf dem Gebiete des Geigenbaues ihm auf einstimmigen Antrag der Fakultät für das Maschinenwesen die Würde eines Ehrenbürgers verliehen. Die Ehrung würdigt die Leistungen seiner in jahrzehntelangen Untersuchungen selbst erarbeiteten wissenschaftlichen Erkenntnis, den zielsicheren Bau von Streichinstrumenten mit vorausbestimmtem Toncharakter und höchstem Wohllaut.

Zu seinem Ehrentag wünschen wir ihm viel Freude. Mögen dem verdienstvollen Geigenbaumeister noch viele Jahre beschieden sein, damit der noch zu vollendenden Zahl von 500 noch recht viele Instrumente folgen werden. P. S.

Die geistige Mission des Deutschtums

Prof. Dr. Wilken sprach in der Überparteilichen Demokratischen Arbeitsgemeinschaft

Die Überparteil. Demokratische Arbeitsgemeinschaft veranstaltete am verg. Samstag im Redtenbacher Hörsaal der Techn. Hochschule einen Vortragsabend. Universitätsprofessor Dr. Wilken-Freiburg, sprach über das Thema: „Die Trennung der Wirtschaft vom Staate, eine Forderung der Zeit". Im ersten Teil seines mit wissenschaftlicher Gründlichkeit ausgeführten Vortrages gab Dr. Wilken einen historischen Abriß über die Wirtschaftsgeschichte Europas im 18. und 19. Jahrhundert. Drei geistige Kraftzentren besaß Deutschland im 18. und 19. Jahrhundert: Goethe, den deutschen Idealismus mit Fichte, Schelling, Hegel und den Liberalismus. Bismarck war anfangs den liberalen Ideen zugetan, nach 1879 erfolgte der Umschwung seiner Politik. Das bedeutete ein Aufgeben der geistigen Mission des Deutschtums zugunsten der wirtschaftlichen Mission und als Folge den Zusammenstoß mit England, das sich gegen die deutsche Wirtschaftsexpansion energisch zur Wehr setzte. Die beiden Weltkriege zeigten Deutschland, daß es auf falscher Fährte war. Prof. Dr. Wilken legte die Grundzüge der deutschen Faustnatur dar, ihre Innerlichkeit, aber auch ihre Angst vor der Verantwortung. Die Arbeit wird persönliche Zuflucht des Menschen, der mit seinem Ich nichts mehr anzufangen weiß, um höherer Verantwortung auszuweichen. Dies ist der Nährboden zur Bildung eines autoritären Staates, der sich auch die Wirtschaft dienstbar macht und sie logischerweise zum Krieg führen muß. Deshalb ist eine Trennung von Staat und Wirtschaft unbedingt erforderlich, allerdings nicht von heute auf morgen, denn das würde in unserem Zustand der furchtbarsten Knappheit aller Lebensgüter das Chaos bedeuten. Im Wirtschaftsleben müssen Unternehmer, Arbeiter und Konsumenten die Verantwortung übernehmen, sie müssen zueinander finden, um zu einer Gesundung des wirtschaftlichen Lebens zu kommen. Aber die wahre Heimat des Deutschen liege nicht im Staat, nicht in der Wirtschaft, sondern im Geistigen, aber dazu brauche man Erkenntnisse und das Denken, Dinge, die in den letzten vierzehn Jahren unerwünscht, weil staatsgefährlich, waren. H. F.

Wie wird das Wetter?

Wetterbericht v. Amt für Wetterdienst K'he

Winterlich. Vorhersage bis Freitagabend: Bei nur schwacher Luftbewegung kommt es weiterhin zu vereinzelten Niederschlägen, hauptsächlich als Schnee aus meist bedecktem Himmel. Nur zeitweilig klart das Wetter etwas auf. Die Tagestemperaturen halten sich um 0 Grad, während nachts Abkühlung bis minus 2 Grad, bei gelegentlich längerem Aufheitern bis minus 5 Grad erwartet wird.

*

Schutz der Wasserleitung gegen Frost. Die Bevölkerung wird aufgefordert, Frostschäden zu vermeiden. Nähere Anweisungen sind aus dem Amtsblatt für den Stadtkreis Karlsruhe ersichtlich.

Rheinwasserstände

16. Dez.: Konstanz 295 (—1); Breisach 122 (+8); Kehl 160 (—2); Maxau 338 (—2); Mannheim 208 (—7); Caub 126 (—3).

17. Dez.: Konstanz 293 (—2); Breisach 120 (—2); Kehl 160 (+ —0); Maxau 338 (+ — 0); Mannheim 208 (+ —0); Caub 118 (—8).

Ernst Bercher, Apotheker, ist i. A. v. 77 J. a. 12. 12. sft. entschl. Die Einäscher. find. i. all. St. statt. Frau Olga Bercher, Apoth. E. Bercher u. Fr. Lisl. Söllingen, Apoth
Max J. Friedel, Regierungsrat a. D., m. lb. Mann u. gt. Vt., ist a. 14. 12. 47 v. u. geg. In tf. Tr.: Anne Friedel geb. Schöllhorn, Maxwerner Friedel, Höfen/Enz.
Hermann Lautenbacher, m. lb. Mann, uns. treus. Vt., w. a. 15. 12. a. d. Lb. ger. In st. Tr.: Fanny Lautenbacher Wwe., Eisenlohrst. 39. Beerd. 18. 12., 14.00, Frh. Mühlb.
Klara Sattel, m. lb. Schw. u. Schwä., st. am 10. 12., i. A. v. 68 J. n. krz. Krkh. F. erw. Aufmerksamk. herzl. Dank. In still. Leid: Elise Sattel, Khe., Lachnerstr. 5.
Wilhelm Zeiler: Mir wurde Gewißh., daß mein lb. Mann am 5. 4. 45 b. Lingen gef. i. In t. Tr.: Math. Zeiler geb. Roth, Luisenstr. 36; Fam. Zeiler u. Roth, Haitersbach.
Alois Lautaborn, m. herzensg. Mann u. lb. Sohn, Schwiegers., Br., Schwa. u. Onk., ist am 7. 12. 47, 35 J. alt, von uns geg. Fanny Lautaborn und alle Angehörigen

Ihre Vermählung geben bekannt:
Albert Blümle — Liselotte Blümle geb. Meyer. Forst/Bruchsal. Khe., Yorckstr. 59. Tr.: 20. 12., 9.30 U., St. Bonifaz.
Hans Keller — Trudel Keller geb. Rössler. Neuenstein. Khe., Ludwig-Wilhelm-Str. 4. Tr.: 20. 12., 11.30 U., Christusk.
Artur Daubenberger — Erna Daubenberger geb. Dörrwächter. Khe., Uhlandstr. 5. Tr.: 20. 12., 9.45 U., St. Bernhardusk.

Geboren:
Klaus Paul Heinrich: Uns. zweit. Sonntagsjunge ist angek. I. gr. Fr.: Rudi u. Friedl Distelhorst, z. Zt. Landesfr.-Kl.

Amtliche Bekanntmachungen

Süßstoff: Für alle Verbraucher über 20 J. wird aufgerufen: 1 H-Briefchen Süßstoff auf Abschn. 909 der Lebensmittelk. 11, 21, 31 und 41 mit Aufdr. „St. Karlsruhe", im Landkreis Karlsruhe „Khe.-Land". Der Süßstoff ist in dem Geschäft zu beziehen, von dem der in der 107. Zut.-Per. ausgeg. gelief. wurde. F. Verbr. des Stadtkr. Khe., die bei der erst. Ausgabe nicht vorbest. hatten, sind als Nachzügler-Geschäfte eingeschaltet: Schmidt, Zähringerstraße 7; Kloster, Waldstr. 61; Hartmann, Werderpl. 34; Bode, Südendst. 29; Kaisers-Kaffee-Gesch., Kaiserallee 3; Berger, Schillerstr. 6; Weiß, Nuitsstr. 22; Müller, Durmersheimerstr. 93; Kutterer, Kastenwörthstr. 34; Westermann, Schulstraße 1; Strauß, Wiesenstr. 24; Winter, Belchenstr. 46; May, Rastatterstr. 19a; Wörther, Karl-Wilhelm-Str. 34; Bippes, Ernststr. 88; Malsch, Schwetzinger Straße 28; Kaisers-Kaffee-Geschäft, Durlach, Pfinztalst. 62, Schröder, Westmarkstraße 6. Die Nachzügler-Geschäfte des Landkreises Karlsruhe sind bei den Kartenstellen zu erfragen. Abrechnung mit Bestandsangabe bis spätestens 17. 1. 48. Karlsruhe, 12. 12. 47. Ern.-A. Khe.-Stadt u. -Land.

Krankenmilch. Die Versorgungslage in Vollmilch macht es erforderlich, bei verschied. Krankengruppen (M 2, S 1, S 3, S 5 und S 7) nach Vereinbarung mit der Aerztekammer die Vollmilchzulagen ganz zu streichen. Es könn. daher ab sof. nur noch die Empf. von Krankenzul. für Tuberkulose, Nieren- u. schwerste Fälle akuter Erkrankungen (T 1, T 2, T 4, S 4, M 1, S 6), sow. Blut- u. Frauenmilchspender, die ihre Vollmilchabschn. bereits beim Milchgesch. abgegeb. haben, belief. werd. Diese Zulageempfänger (Khe.-Land) erh. v. d. Kartenstelle z. tägl. Weiterbezug v. Vollmilch ab 18. 12. 47 neue Berechtig.-Scheine für den Zeitraum ihres lauf. Krankenattestes. (Khe.-Stadt, Ernähr.-Amt Abt. Krankenzusatz, Otto-Sachsstr. 5, Zimmer 20). Nachbelief. von evtl. Gutschriften, Reisemarken u. Bestellabschn. kann nicht erfolgen. Die Milchsammelstellen haben sof. ihre eingenomm. Bestellabschn. abzurechn. und dürfen ab 18. 12. 47 nur bei Vorlage neuer Berechtigungsscheine bzw. abgestempelter Bestellabschnitte der zuständ. Kartenstelle die Vollmilch ausgeben. Ernährungsamt Khe.-Stadt-Land, 16. 12. 1947.

Ideenwettbewerb Kaiserstraße Karlsruhe: Die Stadt Karlsr. schreibt einen Ideenwettbewerb aus z. Erlang. v. Entwürfen f. d. städtebaul. u. architekton. Ausgestalt. d. Kaiserstraße v. Marktpl. bis z. Hauptpost. Teilnahmeberechtigt sind alle im ehem. Land Baden — amerik. u. franz. Besatzungszone — geborenen od. dort ansäss. Architekten u. Ingenieure, die ihr. Beruf ausüb. dürfen, sowie die Stud. u. Absolv. der Techn. Hochschule Khe u. d. Bad. Staatstechnikums. Preisgericht: Vertreter d. Stadt- u. Landesverwalt.: 1. Oberbürgermeister Fr. Töpper; 2. 1. Bürgermeister Frid. Heurich, Dez. f. d. Bauwesen; 3. Stadtoberbaurat Pflästerer, Leit. d. Stadtplanungsamtes; 4. Dr. Ing. Alfr. Fischer, Leit. d. Hochbauabt., Inn. Verw.; Fachpreisrichter: 5. Prof. Dr. e. h. Bartning, Neckarsteinach; 6. Prof. Dr. Ing. Döcker, Stuttg.; 7. Prof. Dr. Ing. Heiligenthal, Khe.; 8. Prof. O. E. Schweizer, Khe., 9. Arch. Schradin, Vertr. d. B.D.A., Khe. Preise: Ein 1. Preis RM 7000.—, zwei 2. Preise je RM 5000.—, drei 3. Preise je RM 3000.—, sechs Ankäufe je RM 1500.—, insgesamt RM 35 000. Andere Verteil. d. Gesamtsumme bleibt dem Preisgericht vorbehalten. Unterlagen v. Stadtplanungsamt Khe., Neues Rathaus, zum Preise von RM 100.—, die bei Beteilig. od. b. unbeschäd. Rückgabe der Unterl. innerh. 14 Tag. zurückerstattet werden. Einreichfrist: 1. April 48 b. Stadtplanungsamt Khe. Der Oberbürgermeister.

Verloren / Gefunden

Geldbeutel Bhf. o. Zug Khe.-Rast. (18.35) a. 12. 12. vl. (Dklbr. Saffian). Andenk.! Hohe Bel.! ✉ 2641 BNN.
Silb. Zigarettenetui vl. Bei. Baadke, Moningerstr. 28.
Weiße Hornbrille verl. Bel. Dilzer, Amalienstr. 7.
Armband gefunden. Flach, Kolpinghaus, bis 11 Uhr.
Br. Aktentasche Maxau—Knieling. 6. 12. vl. Tasche behalt., Papiere zurückerbet.
Geldbeutel i. Kleinb. Pfzh.—Ittersbach gef. Schneider, Karlsruhe, Steinstraße 1.

Beteiligungen-Kapitalmarkt

Jg. Kaufmann m. 10-20 000 RM sucht Beteilig. od. Kollegen mit Lizenz zur Neugründung. ✉ 1991 an BNN.
Reak. Metallw.-Großhandlung (Haus- und Küchengeräte, Schleif- u. Schneidegeräte f. Ind. u. Landw. usw.) bietet tät. Teilhaberschaft seriösem Kaufm. m. Ia. Verbind. z. Ind. geg. entspr. Kapitaleinlage. Ausf. Bild-✉ unt. St.A. 7880 an Ann.-Exp. Carl Gabler, G.m.b.H., Stuttgart-S, Fischerstr. 9.
Damenschneidermeisterin od. Dame der Textilbr., mit od. ohne Gesch., zur tät. Bet. ein. bereits im Aufbau steh. frauenlos. Textilbetr. ges. ✉ unter 2547 an BNN.
Mit 10—15 Mille su. junger Kaufmann Beteil. an reeil. Untern. ✉ 2597 an BNN.
Bausparvertrag „Gem. der Freunde Wüstenrot" zu vk. ✉ 2506 an BNN.

Immobilien

Einfamilienhaus, 2stöckig, 3½ Zim. m Kü u. Zubeh., 50 Ar Garten (ca. 200 Obstb.) in Fehrbellin, geg. gleichw. Obj. od. Geschäftsh. m. ca. 150 qm Werkst. in Nordb.-Württ. ✉ u. 4654 an Bad. Ann.-Exp., Karlsruhe, Zähringerstraße 90.
Bauplatz od. Ruine zu kauf. gesucht. ✉ 1990 an BNN.
Acker- o. Wiesengelände gg. wertbeständ. Zahlung zu kaufen ges. ✉ 1989 BNN.
Haus - Wiederaufbau: Biete Baumaterial u. finanz. Beteilig. gg. 2—3 Zi. u. Kü. ✉ 2619 an BNN.
Villa i. Leisnig/Sa. (9 Räume, Kü., 2 Toil., Bad, Gart. u. Park, Veranda, Balk., Zentralheiz., Dachgart.), gegen Grundst. o. gt. Wohn., Gegend gleich (Kopftausch 6 bis 8 Pers.). Liepe, (10) Leisnig/Sa., Schloßstr. 11.
Büro-, Lag.- u. Versandräume, ca. 100 bis 1000 qm, auch beschädigtes Gebäude, zu kf. ges. (evtl. Miete). Bauhilfe wird geleistet. Kages, GmbH., Khe., Postf. 194.
Bäckerei v. tücht. Meister z. pachten gesucht. ✉ unter 1978 an BNN.
Metzgerei u. Gastwirtschaft v. tücht. Metzgermstr. zu pacht. ges. ✉ 2566 BNN.
Gutgehende Gastwirtschaft in Vorort von Karlsruhe an kautionsfäh., tücht. Wirtsl. zu verpacht. ✉ 2501 BNN.
Kl. Maschinenfabrik, metallverarb. Betr., od. daf. geeign. Räume m. od. ohne Masch z. kf. o. zu pa. ges. Dipl.-Ing. R. Haack, Bad Schwalbach/Ts., Goethepl. 7.
Fabrikräume in Rastatt, 1500 qm, Nähe Bahnhof, zu verpacht. (evtl. langfristig). ✉ unter 2502 an BNN.
Wiese oder Kleeacker zu pachten ges. ✉ 2595 BNN.
Gartengrundstück od. Acker, Khe., od. Umg. zu kf. ges. ✉ 2583 an BNN.

Tiermarkt

Gt. ält. Arbeitspferd zu verk. Kräutler, Mutschelbach bei Karlsruhe, Obere Str. 4.
Gt. Ackerpferd z. vkf. Alois Kastner, Mineralw.-Gesch., Malsch b. Khe., Tel. 158.
Mittelschw. Fuchsstute, 9 J., s. gt. Arbeitspferd, gegen gt. jg. Nutz- u. Fahrkuh. Bertsch, Khe.-Daxlanden, Kastenwörtstraße 46.
Mittelschwer. Rassepferd, Ia Ackerpferd, 8jähr., Rappwallach, gg. gt. Nutz- u. Fahrkuh. Kappler, Ittersbach, Eichgasse 2.
Pferd, 8 J., 14 Ztr. schwer, gg. leicht. (7—8 Ztr.). Kegreis, Wöschbach b. Karlsruhe, Hauptstr. 130.
Milchkuh, jg., großträcht., zu verkauf. Knielingen, Neufeldstraße 9.
Milchkuh zu verkauf. Gertrudenhof, Marxzell.
Stallkuh (Holl.) zu verkauf. Weiß, Sölling., Hauptstr. 73.
Schönes Rind, 20 Mon., zu vkf. Schleifer, K.-Rintheim, Hirtenweg b. d. Kaserne.
Erstklass. Zuchteber zu vkf. Tierfarm, Khe.-Hagsfeld, Brückenstraße 9.
Gute Milchziege zu kaufen gesucht. Götz, Zeutern, Oberdorf 223.
Jg. Ziege, u. 2 d. W. Paul, Khe., Siedlerstraße 12.
Rassetauben, Versand frachtfrei jed Bahnstat! Ganselkröpfer, Böhm-Strasser, Lerchen, Lux u. Schaubrieft., per Paar RM 50—70. Ebens. Jungtiere p. Paar RM 40. Franz Pöpperl, Knesing, Post Hörpolding, Kreis Traunstein.

Verkauf

Trockenhaube „Thriene", 110 V, gut erh., 100 RM, zu verkf. ✉ unter 2464 BNN.
2 Leimknechte zu verkf. (RM 247.—) ✉ unt. 2509 BNN.
Pritschenwagen (Rolle), 35 b. 40 Ztr. Tragkr. (RM 500.—), zu verkf. ✉ 2625 an BNN.
DKW.-Motor, 1000 ccm, 4 Zylinder, m. Getr., zu verkf. Preis 500 RM. W. Nemez, K.-Daxl., Römerstr. 21, II.

Kaufgesuche

PKW in nur gut. Zust. von Betrieb zu miet. od. zu kf. ges. Zulassung w. übern. ✉ unter 2475 an BNN.
PKW, ni. üb. 1,7 l, v. Betr. zu kf. g. ✉ 2613 an BNN.
Wstr.-Motor, 220 V, ca. ¾ PS, 1400 o. 2800 U/M., v. Betr. z. kf. ges. ✉ 2507 BNN.
3 To. LKW, mögl. Diesel, a. rep.-bed., zu kf. ges. Otto Kranich GmbH., Auto-Zub.-Stuttg.-S., Böblingerst. 45/47.
Lichtmaschine, Verteil., kpl., Zündspul., 6 V, Vergaser, Thermostat für Mercedes, Typ 230, zu kauf. gesucht. Telefon Karlsruhe 7219.
Zylind.-Kopf f. österr. Saurer, 5 To., Ty. T 864/1941, 120 PS, Kühler f. Saurer, 5 To., Bauj. 1944, kft. Ad. Kuhirt, GmbH., Hildesheim.
Spindel- od. Exzenterpressen sof. z. kf. g. ✉ 2490 BNN.
2 Röhren CF 50, 1/EF 6, 1/EBC 3, 1/4687. 1/AX 50 u. 2/4689 von Kino dringd. zu kf. ges. ✉ 2630 an BNN.
Büromöbel, Herrenzimmer u. Schreibm. v. Großhandelsverb. zu miet. od. kaufen gesucht. ✉ 1997 an BNN.
Flachstrickmaschinen, 36 cm aufw., jed. Tlg., mit kurz. Schlitten, zu kauf. ges. A. Lange, (1)) Bln.-Schöneberg, Kolonnenstraße 1
Dürkopp-Knopflochmasch., 557 —13 z. kf. g. ✉ 2576 BNN.
Gasmasken, Gas-Schutzbekleidung kauft: Gerhard Lüpschen, Gummiwarenfabr., Stuttg.-Zuffenhausen, Zabergäustraße 69.
Linksarm- und Schuhmacherreparatur-Maschine v. Lederhandlung zu kauf. ges. ✉ u. FMZ 2514 über. Anz.-Fackler, München, Weinstr. 4, am Rathaus.
Gr. Gasbadeofen zu kf. ges. Krause, Friseurgesch., Khe., Bunsenstraße 8, Tel. 3787.
Kilo-Konservendosen v. Fabr. zu kaufen gesucht. ✉ unt. 2534 an BNN.
Gute Parfüms in Geschenkpack. m. frei. Großhandelsspanne, z. kf. ges. Bemust. Angeb. geg. Berechn. an Erich Weitzel G.m.b.H., Werdohl-Eveking.
Hefeextrakt sucht laufd. zu kaufen „Corona", Nahrungsmittelfabrik, Köln-Ehrenfeld, Leyendeckerstr. 12.
Küchenabfälle a. Hundefutter f. Rassenhundezucht z. kf. ges. (Weststadt). ✉ unter 1916 an BNN.
Frauenhaare kauft laufend Backstroh, Friseur d. Dame, Khe., Kriegsstraße 96.
Hautengiftgs.-Salben-Flaschen gelb, aus Trolitul-Bakelit, auch and. alte Lagerbest., zu kauf. ges. Schebeler & Kupfer, Berlin C 2, Dircksenstraße 42.
Rundhölzer, geeign. f. Furnier-Fabrikat., Eiche, Esche, Birn-, Kirsch- u. Nußbaum, Ahorn u. a. kaufen W. Freundlich & Co., Furniergroßhandel, Stuttgart-N., Nordbahnhofstr. 18, Tel. 91 986. Auf Wunsch werd. b. Kaufabschluß Furniere z. Möbelherstell. geliefert.
Betonmischer, rep.-bed., oh. Motor, zu kf. ges. ✉ unt. 1953 an BNN.
Wellblechgarage — Baracke transportabel, zu kf. oder miet. ges. ✉ 1963 BNN.
Alte Pflastersteine zu kaufen ges. Pflaster- u. Straßenbau Jos. Breidenbach, Khe., Rudolfstr. 8, Tel. 8046.

Verschiedenes

Das „Karlsruher Bar-Trio" hat noch Termine frei f. Weihnachtsfeiern etc. ✉ mögl. mit Telefon unt. 2600 BNN.
Vertretung in der Türkei: Welche Firmen wollen für Chemik., Masch.-Teile, Optik, Uhren, Radio vertr. sein? ✉ 2572 an BNN.
Ein- u. Verkaufsbüro in Remscheid übern. Gen.-Vertret. m. Auslief.-Lager f. Rheinland-Westf. in Maschinen, Werkz., Eisenw. u. Industrie-Bedarf. Ant. Schwanenberg, (22a) Remscheid-Hasten, Kratzbergerstr. 65.
Seriöse Firma übernimmt gut lieferbare Artikel z. Vertrieb, auch a. eigene Rechnung. (Gr. Vertreterstab vorh.) ✉ u. M.B. 4347 an Ann.-Exped. Carl Gabler, München I, Theatinerst. 8/I.
Gastwirte — Saalbesitzer! Langj. Kinofachmann sucht zw. Eröffn. ein. Lichtspieltheaters größ. Saal i. mittl. Stadt, wo tägl. gesp. w. k. Kpl. Tonfilm-App. u. Zub. vorhand. ✉ 2616 an BNN.
Welche Spediteure übernehm. Abholg. b. Werken i. Umkreis von ca. 70 km mit 5-To.-Wagen? 6-To-Anhänger kann gestellt werden. ✉ 2626 an BNN.
Stilliegende PKW u. LKW zu leihen gesucht (o. zu kaufen!), desgl. Decken und Schläuche, v. wicht. Betr. ✉ unter 2610 an BNN.
PKW Leihwagen sof. gesucht v. Arzt. Telefon Khe. 2907.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg